

Es gilt das gesprochene Wort!

Hinweis: Diese Rede kann hier als Video abgerufen werden:
<http://www.landtag.ltsh.de/aktuelles/mediathek>

LANDTAGSREDE – 17.September 2026

Serpil Midyatli

Azubi-Werk – aber richtig

TOP 11: Entwurf eines Gesetzes über das Auszubildendenwerk Schleswig-Holstein (Drs. 20/4780)

An späten Initiativen mangelt es der Günther-Regierung ja nun nicht.

Gleichstellung, Schule, Integration und Teilhabe...ein Gesetzentwurf jagt den nächsten. Aber bei CDU und Grünen heißt das leider auch: Ein Symbol jagt das nächste. Und leider auch: Ein Fehler jagt den nächsten.

Wenn Sie Schülerinnen und Schüler im Unterricht filmen wollen oder im Jahr 2026 „Rasse“ ins Gesetz schreiben, sind das alles Belege für eine handwerklich und politisch schlechte Arbeit. Umso aufmerksamer und genauer müssen wir jeden Last-Minute-Gesetzentwurf beraten.

Mit dem Ziel, die Lebens- und Wohnsituation von Auszubildenden zu verbessern, sind wir uns einig!

Wir wollen die Stärkung der Ausbildung. Daher teilen wir die Idee eines Azubiwerks! Denn die Frage von bezahlbarem Wohnraum ist gerade für junge Menschen von entscheidender Bedeutung.

Meine Gespräche mit der DGB Jugend sind immer gewinnbringend, dazu kann ich Ihnen ebenfalls raten.

Der Großteil der Auszubildenden wohnt noch bei den Eltern.

Gut für alle, die Hotel Mama bevorzugen. Aber was ist mit all denjenigen, die sich eine eigene Wohnung wünschen?

Die Gründe sind alarmierend - finanzielle Sorgen, angespannter Wohnungsmarkt, hinzu kommen psychische Gesundheit und massive Probleme mit der Mobilität.

Mit einer Mindestausbildungsvergütung von 724 Euro kommt man eben nicht weit.

Das Land muss darauf dringend Antworten geben!

Neben der DGB Jugend hat eine Befragung der IHK ebenfalls ergeben, dass sich 83 % der Auszubildenden eine eigene Wohnung wünschen.

Und ein Azubiwerk kann genau ein Teil genau dieser Antwort sein.

Wenn wir es richtig machen!

Ich habe das Azubiwerk in München besucht. Ein tolles Projekt der Stadt München mit der DGB Jugend – aber es ist keine landesweite Lösung. Und diese streben Sie ja hoffentlich hier an.

Der uns vorliegende Gesetzesentwurf lässt für uns aber einige Fragen offen.

Denn auf die Kleine Anfrage des Kollegen Vogt erklärt die Landesregierung selbst, dass sie praktisch nichts über die Ausgestaltung weiß. Immerhin geht es hier um jährlich 7 Mio € Landeszuschuss! Der SSW hat konkrete Vorschläge gemacht.

In der Begründung Ihres Gesetzesentwurfs wird explizit auf das Studentenwerk als Vorbild hingewiesen.

Das ist in Fragen der Struktur, der Rechtsstellung, des Aufgabenkatalogs, der Verwaltungskompetenzen – alles richtig.

Allerdings lässt sich die Gleichwertigkeit nicht erreichen, indem Sie die Struktur 1:1 aus dem Hochschulbereich auf Auszubildende übertragen.

Es muss Ansprüche erfüllen, die der Lebensrealität vieler Auszubildenden entsprechen. Dieser müssen Sie sich stellen!

Die Auszubildenden müssen die Schulen ebenso wie die Betriebe erreichen. Das Auszubildendenwerk wird auch eine Koordinationsstelle sein müssen: Die Kommunen müssen eingebunden, in denen die Berufsschulen, die Schülerinnen und Schüler verankert sind. Auszubildende aus allen Branchen. Auch aus denen, die nicht in Kammern organisiert sind. Wir brauchen keine abgeschottete zentralisierte Verwaltungsstruktur in Kiel, sondern eine landesweit vernetzte Unterstützung.

Das ist im Flächenland Schleswig-Holstein und bei Ihrer Verkehrspolitik eine besondere Herausforderung. Da wird es kompliziert.

Aber diese Herausforderung zu ignorieren, darf eben auch nicht die Antwort einer Regierung sein.

Schön wäre es beispielsweise, wenn das Azubiwerk mit der NAH.SH über ein attraktives Azubi-Ticket verhandeln würde, das den Namen verdient.

Offen ist auch die angemessene Vertretung der Auszubildenden und auch der Gewerkschaften im Verwaltungsrat oder die langfristige Finanzierung.

Es ist nicht erkennbar, ob Sie mit diesem späten Gesetzentwurf nur noch schnell ein Zeichen setzen wollen oder ob Sie wirklich ein Problem lösen wollen.

Eine neue gesetzliche Regelung baut noch keine Wohnung.

Wie sollen die Investitionen eigentlich abgesichert werden?

Schon das Studentenwerk bekommen Sie ja nicht ausfinanziert.

Sie werden erhebliche Mittel aus der ohnehin umkämpften Wohnraumförderung und vom Kreditmarkt brauchen. Wir erwarten eine Gesamtantwort und kein Last-Minute-Papier. Mit einem Gesetzentwurf über ein Auszubildendenwerk hat noch keine Auszubildende ein bezahlbares Zuhause.

Und natürlich sollten Sie auch die Mahnungen aus den Kammern ernst nehmen:

Nutzen Sie die Strukturen zur Unterstützung von Auszubildenden, die es bereits gibt. Vermeiden Sie Doppelstrukturen! Dann sind wir dafür!

Wir wollen nicht, dass die Millionen nicht in Verwaltungsstrukturen versenkt werden.

Wir wollen Schleswig-Holstein zu einem starken Ausbildungsland machen. Mit einem Auszubildendenwerk können wir Auszubildende ganz konkret unterstützen. Das sollte unser aller Anspruch sein.